

Zugestellt durch Post.at

AUSGABE Mai 2014

DIE GRÜNEN

STATTEGG



HOCHWASSERSCHUTZ UND

VERBAUUNG IN STATTEGG



Der Hochwasserschutz in Stattegg ist eines der wichtigsten politischen Themen derzeit in der Gemeinde. Viele Statteggerinnen und Stattegger waren in der Vergangenheit immer wieder von den Folgen von Hochwasserkatastrophen betroffen.

Daher ist die Politik gefordert dieses Thema besonders ernst zu nehmen. Als Oppositionspartei im Gemeinderat ist es daher die Aufgabe von uns Grünen kritisch und aufklärend für die Bevölkerung zu wirken, damit in dieser wichtigen Angelegenheit nichts schön geredet und verharmlost wird. Aus unserer Sicht sind wichtige

Aspekte bisher noch nicht in die Hochwasserschutzplanung eingeflossen. Einerseits stellt sich die Frage, warum bei den Planungen, der untere Teil des Andritzaches nicht berücksichtigt wurde? Gerade im Bereich Mühl sind einige Problemzonen damit noch ungelöst, wie Anrainer zu berichten wissen. Tatsächlich treffen die Planer für den unteren Andritzbach, zur Grazer Stadtgrenze hin, keine Aussage. In diesem Sinne ist aus unserer Sicht auch die Ursprungsquelle und das Frauenloch in der Planung viel zu wenig berücksichtigt worden. Ein weiterer Punkt ist die zusätzliche

Verbauung im Bereich der RHB's bzw. entlang der Bäche in der Talsohle. Dazu trifft das Lebensministerium eigentlich sehr klare Aussagen. Im Strategiepapier zum Hochwasserschutz in Österreich werden dazu vorbeugende Maßnahmen beschrieben. Dort heißt es u.a.: „Überflutungsflächen sollen der Retention bzw. Versickerung zur Verfügung stehen.“ Weiters heißt es: „Hochwasserrelevante negative Entwicklungen u.a. durch Verlust von Retentionsräumen sollen erkannt werden.“

Unter dem Punkt „**Nachhaltiger Hochwasserschutz**“ empfiehlt das Lebensministerium ausdrücklich



Die Grünen in Stattegg

GR STEFAN ROTHBART

M: 0664/5448536

E: stefan.rothbart@gruene.at

GRÜNE THEMEN

„Raumplanerische Maßnahmen“ auf Basis der Flächenwidmung und „hochwassergerechtes Bauen“ als Vorsorge, sowie Risiko- und Restrisikountersuchungen in Verbindung mit etwaigen Schutzmaßnahmen. Auch die Wasserwirtschaft Steiermark (A14) findet klare Worte: „Die zunehmende Bodenversiegelungen, bedingt durch Straßen- und Wegebau bzw. verstärkte Siedlungstätigkeit, können zum häufigeren Auftreten von exzessiven Hochwässern führen. Die Wirkung von Hochwasserrückhaltebecken vermindert sich flussabwärts, vor allem dann wenn Seitenzuläufe hinzukommen. Jeder Kubikmeter Wasser, der durch die Wiedergewinnung von Überschwemmungsgebieten, durch Gewässerrestrukturierungen, Entsiegelung, Versickerung und durch standortgerechte Land- und Forstbewirtschaftung (Wiesen statt Äcker) sowie durch Erhalt und Förderung von Kleinstrukturen zur

Wasserrückhaltung in der Landschaft zurückgehalten wird, ist ein Gewinn für den Naturhaushalt und entlastet uns beim Hochwasser.“

(www.wasserwirtschaft.steiermark.at)

Wo sind also die raumplanerischen Maßnahmen der Gemeinde?

Es sagt uns ja unser aller Hausverstand, dass auch mit Rückhaltebecken, eine weitere Verbauung entlang der Bäche und in der Talsohle nur neue Problemzonen schafft. Wenn z.B. von einem 1000 m² Grundstück 700 m² verbaut werden, wo rinnt das Wasser dann ab?

Warum wurden also von Seiten der Gemeinde noch keine raumplanerischen Überlegungen angestellt? Dem Gemeinderat wurde diesbzgl. noch nichts vorgelegt.

Der Hochwasserschutz ist zu wichtig und man sollte kein Detail vergessen. Schließlich soll es nicht sein, dass wir Millionen für teure Rückhaltebecken

ausgeben und hinterher feststellen müssen, dass diese nicht ausreichen.

Apropos teure Rückhaltebecken: Die Erfahrung zeigt, dass öffentliche Großprojekte, die sich über mehrere Jahre hinziehen, oft ihre geplanten Baukosten überschreiten. Bei einer Baukostenüberschreitung würde uns daher schon interessieren wo genau die besagte Finanzreserve im Gemeindebudget aufscheint und wie groß diese eigentlich ist? Mit nachhaltigem Hochwasserschutz wird sich die Gemeinde jedenfalls noch eingehender beschäftigen müssen. Auf unsere Anfrage im Gemeinderat hin, wurde bestätigt, dass es noch zu einer Debatte um raumplanerische Maßnahmen und zu einer Restrisikountersuchung kommen wird. Wir begrüßen das, denn eines ist klar; je größer der natürliche Rückhalt und die Versickerung, desto niedriger die Hochwassergefahr.

EU- WAHL UND DAS

FREIHANDELSABKOMMEN MIT DEM USA

Am 25. Mai stehen uns wieder die Wahlen zum europäischen Parlament ins Haus. In den vergangenen Jahren war europäische Politik weit weg und höchstens in Form von irgendwelchen teils sinnlosen Regulierungen zu spüren. Nichts, wofür man gerne wählen gehen würde. Doch diesmal geht es um mehr - wesentlich mehr. Zur Zeit wird über das TTIP (Transatlantisches Freihandelsabkommen mit den USA) verhandelt. Die Inhalte dieses Abkommens sind so heikel, dass die EU-Kommission im geheimen verhandelt. Nicht nur, dass Umwelt- und Lebensmittelstandards auf das niedrige US-Niveau gesenkt werden könnten, es soll auch verankert werden, dass Konzerne Staaten auf Verdienstentgang klagen können, wenn z.B. ungünstige Gesetze erlassen werden. Der gesamte Konsumentenschutz steht damit auf der Kippe. Diese Gerichtsbarkeit soll

nicht etwa beim EUGH (Europäischer Gerichtshof) angesiedelt sein, sondern es sollen private Gerichte eingerichtet werden. Wie sich das mit Demokratie vereinbaren lässt, versteht wohl keiner mehr. Das Freihandelsabkommen ist ein Generalangriff der großen Konzerne auf die demokratische Ordnung, die mit dem Abkommen völlig ausgehebelt werden kann. Die versprochenen Arbeitsplätze und das Wirtschaftswachstum, die das Freihandelsabkommen bringen soll, sind reine Fantasie! Es geht um die demokratische und soziale Ordnung in Europa. Wollen wir den Konzernen, die nur den Profit im Auge haben, endgültig die Macht überlassen, oder wollen wir einen Schlussstrich ziehen?

Bei der Wahl am 25. Mai haben Sie die Möglichkeit diese bürgerferne Politik abzustrafen.



Auf www.stop-us-negotiations.eu.de können Sie der Petition gegen das Freihandelsabkommen beitreten und ein Zeichen für ein Europa der Bürger und nicht der Konzerne setzen.

BIENEN**BRAUCHEN BLÜTEN!**

Viel wurde in letzter Zeit über die Situation der Bienenpopulation und deren Gefährdung geschrieben. Wie wir alle wissen sind Bienen ein wesentliches Element in unserem Ökosystem, auf das wir nicht verzichten können. Neben Parasiten, Viren und Chemikalien in der Landwirtschaft, die wesentlich zur Schwächung der Bienenvölker beitragen, stellt sich aber jedes Jahr auch ein ganz anderes Problem, bei dessen Lösung wir alle etwas beitragen können. Das Rasenmähen.

Oftmals werden in der Landwirtschaft, oder auch in unseren Gärten die ersten Frühlingsblüten durch zu intensives Rasenmähen vernichtet. Gerade die erste Blütentracht, welche nach dem langen Winter die erste Nahrungsquelle für die Bienenvölker sind, wird damit umgeschnitten.



Heuer sind durch den milden Winter unsere Bienen schon sehr früh aktiv geworden und brauchen bereits jetzt viel Nahrung für ihre Brut. Fehlt diese Nahrung im Frühling, so kann sich ein Volk über das ganze Jahr hinweg nur schlecht entwickeln und hat daher auch keine guten Chancen den folgenden Winter zu überstehen.

Wenn Sie unseren Bienen also etwas Gutes tun wollen, lassen Sie im Garten einige Wiesenflecken ungemäht. Vor allem hohes Gras blüht erst im Juli/August und ist im Spätsommer oft die einzige Nahrungsquelle. Die Bienen werden es Ihnen auf jeden Fall mit süßem Honig danken.

GRÜNER STAMMTISCH**21. MAI 2014**

Gemeinderat Stefan Rothbart und die Grünen laden am 21. 05. 2014 ab 18 Uhr zum Grünen Stammtisch in den Alpengarten Rannach ein.

Zu Gast sein wird der Grüne Landtagsabgeordnete Lambert Schönleitner, der uns über heikle Themen wie der Gemeindestrukturreform und über Raumplanung berichten wird.

Wir laden alle interessierten Statteggerinnen und Stattegger ein, mit uns g'mütlich zammen zu sitzen und in fröhlicher Runde, bei herzhafter Jause angeregt zu diskutieren.

Wir freuen uns auf Ihr kommen!



Grüner Stammtisch
21.05.2014, 18 Uhr
im Alpengarten Rannach

g'mütlich zamm`sitzen und diskutieren!
mit Landtagsabgeordneten Lambert Schönleitner

DEIN EUROPA KANN MEHR!

DEINE STIMME IST WICHTIGER ALS DU DENKST -

AM 25. MAI.

Wir können Europa sozialer, demokratischer, grüner machen!

Europa ist unser Zuhause. Wir reisen ohne Grenzkontrollen, wir bezahlen in vielen EU-Mitgliedsstaaten mit dem Euro, wir arbeiten international, lernen und studieren europaweit. Europa ist weltweit zu einem Symbol für Frieden, Freiheit und Wohlstand geworden.

Doch zugleich wird die europäische Idee bedroht: von skrupellosen Lobbys, Großkonzernen und einer entfesselten Finanzindustrie. Tausende Lobbyisten nehmen das europäische Projekt in Geiselschaft und ruinieren Umwelt, Wirtschaft, Arbeitsmarkt und nicht zuletzt unsere Grund- und Menschenrechte.

Die Wahrung der Grundrechte ist die zentrale Herausforderung der EU-Politik. Spätestens seit Edward Snowdens mutiger Aufdeckung der Massenüberwachung durch den US-Geheimdienst NSA ist klar: Wesentliche Freiheitsrechte sind in Gefahr. Wir Grüne halten dagegen, wir wollen uns nicht im Albtraum einer total überwachten Gesellschaft wiederfinden. Individuelle Daten gehören den Einzelnen und nicht Staaten oder Firmen. Privatheit soll als unteilbares Element der Würde des Menschen anerkannt werden und auch im Internet gelten.

Die gleiche Vehemenz und Klarheit braucht es bei den Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP), das wir Grüne in der jetzigen Form ablehnen, sowohl was den Sozial- und Umweltstandards gefährdenden Inhalt als auch die intransparente Art der Verhandlungen betrifft. TTIP

ist ein Projekt der Großkonzerne, die Standards abbauen wollen. Ginge es nach den USA, würden Hormonfleisch, genmanipulierte Lebensmittel und Fracking auch bei uns bald zum Alltag gehören. Wir setzen alles daran, dass TTIP das gleiche Schicksal ereilt wie das Grundrechte verletzende ACTA-Abkommen, das maßgeblich auf Grüne Initiative hin durchgefallen ist.

Die EU ist bei weitem nicht perfekt. Ihre Mängel legen gerade wir Grüne schonungslos offen. Gleichzeitig sind wir überzeugt, dass unser Europa mehr kann: Freiheit, Vielfalt und ein menschliches Miteinander statt Korruption, Packelei und Gier. Statt einer „Immer-Mehr-Gesellschaft“ wollen wir die „Immer-Fair-Gesellschaft“. Bildungslust statt Bildungsfrust. Gesunde Lebensmittel, die fair produziert werden. Vielfalt statt Einfalt, vom Saatgut bis hin zur Energiepolitik. Europa braucht neben ambitionierten Klimazielen einen



Ulrike Lunacek: "Deine Stimme zählt!"

Grünen Investitionspakt für nachhaltige Entwicklung. „Raus aus Öl und Gas“ macht nicht nur ökologisch, sondern auch menschenrechtlich Sinn.



IMPRESSUM: Die Grünen Steiermark, Jungferngasse 3/1, 8010 Graz, E-Mail: steiermark@gruene.at, www.stmk.gruene.at
Namentlich gezeichnete Texte geben die Meinung der AutorInnen wieder und müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.